

Informationen

Editorial

Es heißt, die Stimmung in manchen Freien Berufen sei herbstlich: Erneut steht eine Gebührenordnung auf dem Prüfstand; der EuGH-Generalanwalt meint, die HOAI sei nicht europarechtskonform. Die Diskussion um Gebührenordnungen ist alt, es gibt kaum Neues zum Streitstand. Eines ist jedoch unterbewertet: Der Wegfall einer Gebührenreglementierung dient zuvorderst großen Anbietern am Dienstleistungsmarkt, die durch strategische Preisgestaltung neue Marktsegmente erschließen können. Praxen, Büros und Kanzleien, die darauf angewiesen sind, einen Mix von kleinen und mittleren Fällen zu bearbeiten, können eine gezielte Preispolitik nicht durchhalten. Die Zahl kleinerer Betriebe wird daher schwinden, sie werden mittlere Aufträge nicht gewinnen – und von kleinen Aufträgen allein nicht leben können. Der Verbraucher, der indes ein »kleines« Anliegen hat, läuft Gefahr, von den großen Spielern später nicht betreut zu werden. Gebührenordnungen stellen gerade die Versorgung der Gesellschaft in der Breite mit Gesundheitsfürsorge, Rechtsdienstleistung und sicherer Infrastruktur sicher. Die Freien Berufe gewährleisten ein engmaschiges Netz der Daseinsvorsorge. Wegen der Gebührenstruktur sind sie kleinräumig im Alltag der Menschen verwurzelt und damit wenig anfällig für Schwankungen großer Märkte. ●



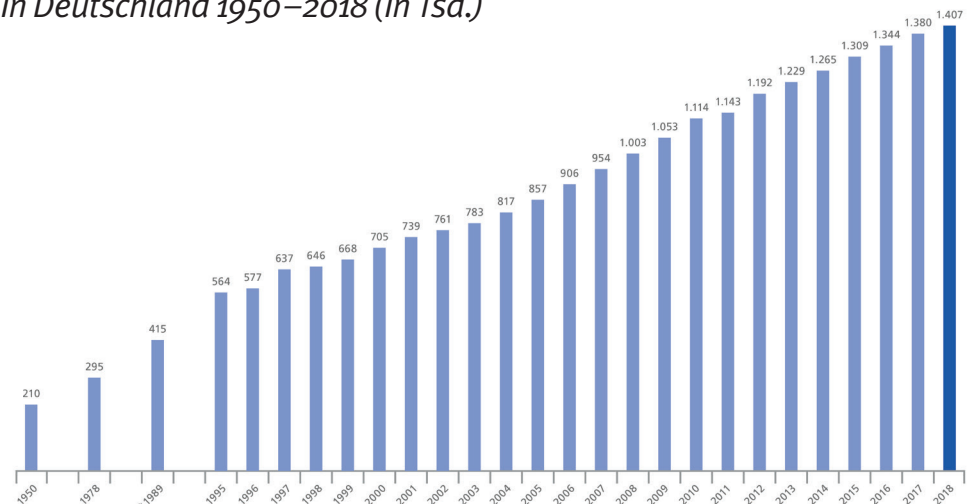
Dr. Thomas Kuhn,
1.VFB-Vizepräsident
des Verbandes Freier
Berufe in Bayern

Aktuelle IFB-Studie zur Überlebensdauer von Freiberufler-Unternehmen

Freie Berufe bestandsfester als die übrige Wirtschaft

Freie Berufe sind bestandsfester und konjunkturresistenter als die übrige Wirtschaft. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Freie Berufe (IFB) Nürnberg, das im Auftrag des Bundesverbandes der Freien Berufe die Überlebensdauer von Freiberufler-Unternehmen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beobachtet hat.

Entwicklung* der Selbstständigen in Freien Berufen in Deutschland 1950–2018 (in Tsd.)



* jeweils zum 1. Januar des Jahres

** aufgrund definitorischer Abweichungen ohne freiberuflich Tätige im Gebiet der ehemaligen DDR

Daten: Berufsorganisationen und amtliche Statistiken; Barmer Ersatzkasse; eigene Erhebungen, z.T. geschätzt

Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

Das IFB ergänzt damit eine Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, das die Überlebenswahrscheinlichkeit von Gründungen in Freien Berufen insgesamt untersucht hat. Der Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, Professor Wolfgang Ewer: »Damit wird ein umfassendes Bild der Stabilität von freiberuflichen Unter-

Zitat

»Die Regulierungen der Freien Berufe dienen neben der zentralen Sicherung der Qualität von Dienstleistungen auch den marktwirtschaftlich erstrebenswerten Zielen der Stabilisierung und Beschäftigungsförderung.«
Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

nehmen gezeichnet.« Freie Berufe sind der Studie zufolge bestandsfester als die übrige Wirtschaft: Von 100 Freiberuflern, die im Jahr 2010 den ersten sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter eingestellt haben, sind fünf Jahre später noch 81,7 am Markt. Bei der restlichen Wirtschaft sind es 75,3, im gewerblichen Dienstleistungsbereich 76,8. Die Marktaustrittswahrscheinlichkeit ist bei den Freien Berufen niedriger als bei der restlichen Wirtschaft: Im Jahr 2015 haben 17,19 Prozent aller Freiberufler und 21,35 Prozent der übrigen Unternehmen ihre Betriebe geschlossen. Der Wert für den gewerblichen Dienstleistungssektor liegt bei 20,28. Freie Berufe reagieren, genau wie andere Wirtschaftssektoren, auf Krisen und konjunkturelle Schwankungen. Doch sie sind konjunkturresistenter als die übrige Wirtschaft. Wenn Freiberufler neue Stellen schaffen, sind es häufiger Voll- als Teilzeitstellen. Im Jahr 2015 kamen auf eine neu geschaffene Teilzeitstelle 1,48 Vollzeitstellen. Der Anteil der 15- bis 24-jäh-

rigen Mitarbeiter in Freiberufler-Teams nimmt im Zeitverlauf ab, der Anteil der über 55-Jährigen steigt.

BFB-Präsident Ewer: »Freie Berufe schaffen die nachhaltigeren Arbeitsplätze und sind verlässliche Arbeitgeber für ihre Teams. Die zunehmend langjährige Betriebszugehörigkeit zeigt, dass die Mitarbeiterbindung als ein Baustein zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gelingt. Dies ist ein Indiz für die hohe Personalkontinuität im besonderen Vertrauensverhältnis auch zu ihren Mitarbeitern. Und das spiegelt den hohen Wert der persönlichen Bindung des Kunden, Klienten, Mandanten und Patienten an seinen Freiberufler sowie an dessen Team wider.«

Die Regulierungen der Freien Berufe dienen somit neben der zentralen Sicherung der Qualität der Dienstleistung auch den marktwirtschaftlich erstrebenswerten Zielen der Stabilisierung und Beschäftigungsförderung.

Michael Schwarz, der Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern, ergänzt, dass die Ergebnisse der

IFB-Studie ein gänzlich anderes Bild zeichnen als es die Europäische Kommission wahrnehmen wolle: »Die Kommission argumentiert ja permanent, dass weniger Regulierung mehr Wettbewerb und so mehr Beschäftigung befördern soll. Die Studie beweist ganz klar: Nicht der grenzenlose Wettbewerb, sondern die angemessenen Regulierungen in den Freien Berufen schaffen gute und dauerhafte Jobs.«

BFB-Präsident Ewer sieht das Beschäftigungspotenzial als einen Aspekt, »der Wert untermauert aber auch, dass wir Freiberufler verlässliche Arbeitgeber sind. Damit können wir beim Werben um Mitarbeiter durchaus auftrumpfen. Beim Blick nach vorne liegt der Schluss nahe, dass diese Bestandsfestigkeit, dieser Abstand noch zunehmen wird, weil die Nachfrage nach freiberuflichen Dienstleistungen weiter steigt und steigt und die Marktchancen für Freiberufler so weiter zunehmen.« ●

Verband Freier Berufe in Bayern besucht CSU-Landtagsfraktion

»CSU muss für die Freien Berufe kämpfen«

Da sich die Rahmenbedingungen für die Freien Berufe immer mehr verschlechtern, fordert der Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern, Michael Schwarz, von CSU und bayerischer Staatsregierung, sich noch mehr für die Freien Berufe einzusetzen. Bei einem Gespräch mit Vertretern der CSU-Landtagsfraktion sagte Schwarz, er sei sich bewusst, dass die CSU um die Bedeutung der Freien Berufe wisse und auch einige Beschlüsse zur Stärkung der Freien Berufe gefasst habe. Nunmehr sei es aber nötig, zusammen mit den Freien Berufen um die Verbesserung der Rahmenbedingungen zu kämpfen.

Schwarz hob die Bedeutung der Freien Berufe als Rückgrat und Infrastruktur der Gesellschaft hervor. Die Freien Berufe sicherten insbesondere die Daseinsvorsorge in der Fläche. Fraktionschef Thomas Kreuzer betonte, dass die CSU wisse, was sie an den Freien Berufen habe. Freie Berufe deckten wichtige Bereiche des Lebens ab, seien wichtige Arbeitgeber. Die CSU wisse auch um die Schwierigkeiten und den Druck aus Europa, dem die Freien Berufe ausgesetzt seien. Die CSU versuche die Freien Berufe bestmöglich zu unterstützen.

Beispielsweise habe sie einen Dringlichkeitsantrag durchgesetzt, dass verschreibungspflichtige Arzneimittel nur über Apotheken abgegeben werden dürfen.

Die Vertreter des Verbandes brachten die wichtigsten Themen zur Sprache, die den Freien Berufen derzeit unter den Nägeln brennen. So etwa das HOAI-Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure. VFB-Vizepräsident Karlheinz Beer erläuterte, dass die Abschaffung der HOAI für kleine

und mittlere Architekturbüros katastrophal wäre. 90 Prozent seiner Kollegen arbeiteten in Strukturen mit bis zu zehn Mitarbeitern. Diese kleinen Büros seien für die Versorgung des ländlichen Raums unabdingbar.

Für den ländlichen Raum ebenfalls existentiell sind Unternehmensübergaben bei Apothekern, Ärzten und Psychotherapeuten, die dort jedoch zunehmend schwieriger würden. Der VFB-Präsident erläuterte, dass eine besorgniserregende Entwicklung zu beobachten sei: Großteilige Strukturen wie Medizinische

Versorgungszentren, hinter denen Finanzinvestoren stecken, würden die kleinteiligen Strukturen der Freien Berufe auf Dauer zerstören. Die kleinteiligen Strukturen aber seien es, die das Leben im ländlichen Raum ausreichend attraktiv machen. So seien eine Apotheke, eine Gastwirtschaft, ein Lebensmittelgeschäft vor Ort wichtig.

VFB-Vizepräsident Christian Schnurer mahnte schließlich eine neue Ausgestaltung der Förderkriterien für Künstler an. Diese seien seit 30 Jahren unverändert und demzufolge völlig veraltet. ●

»Sprengkraft für alle freiberuflichen Gebührenordnungen«

Das Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland wegen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) geht in die entscheidende Phase. Für den Verband Freier Berufe in Bayern haben die Schlussanträge, die der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vorgelegt hat, »Sprengkraft für alle freiberuflichen Gebührenordnungen«.

Der polnische Generalanwalt *Maciej Szpunar* argumentiert, die HOAI-Vorgaben würden in unzulässiger Weise die Niederlassungsfreiheit behindern. Insbesondere ausländische Ingenieure und Architekten hätten nicht die Möglichkeit, sich über niedrigere Preise auf dem Markt zu etablieren. Deutschland habe nicht ausreichend nachgewiesen, dass die Festsetzung von Mindestpreisen geeignet sei, eine hohe Qualität von Architektur- und Ingenieurdienstleistungen zu erreichen. Nach Auffassung des EuGH-Generalanwalts sei es nicht belegt, dass verstärkter Preiswettbewerb zwangsläufig zu einer Minderung von Qualität der Dienstleistungen führt. Dem Generalanwalt fehlt der Nachweis, dass es nicht möglich sei, die Höchstpreise der HOAI durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen zu ersetzen, die zu dem gleichen Ergebnis führen.

Dazu sagt VFB-Präsident *Michael Schwarz* in einer Bewertung der Schlussanträge: »Offenbar genügten die von Deutschland im Lauf des Verfahrens mit Hilfe der betroffenen Berufsverbände vorgelegten statistischen und volkswirtschaftlichen Gutachten, die der Generalanwalt allenfalls am Rande erwähnt hat, nicht.« Der Generalanwalt habe allerdings gleichzeitig offen gelassen, welche Anforderungen gelten, um den Zusammenhang zwischen verbindlichen Preisvorgaben und der Sicherung der Planungsqualität nachzuweisen.

Fällt der EuGH ein den Schlussanträgen entsprechendes Urteil, fürchtet Schwarz einen weitreichenden Eingriff in das System der Freien Berufe in Deutschland: »Zwar erstreckt sich das Vertragsverletzungsverfahren nicht



Der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof, *Maciej Szpunar*.

auf die Gebührenordnungen der Heilberufe. Gleichwohl lässt sich die Argumentation der Kommission im Wege der allgemeinen Grundfreiheiten auf die Gebührenordnungen der Heilberufe übertragen und könnte als Modell für künftige Entwicklungen dienen.«

Der Verband wendet sich nachdrücklich gegen eine Aushöhlung der deutschen Gebührensysteme. Das deutsche Honorarsystem gebe Niedrigpreisanbietern mit hohem Konkursrisiko keinen Raum. »Wir wollen kein Preisdumping zum Nachteil für Sicherheit und Qualität des Bauens in Deutschland.«

Der Verband befürchtet außerdem große Nachteile für die Verbraucher. Wenn der Preisrahmen wegfällt, den die HOAI vorgibt, würde das die Qualität beim Planen und Bauen massiv gefährden. »Wenn nur noch der Preis entscheidet, wäre die Qualität zweitrangig.« Die HOAI sei seit Jahrzehnten für alle Beteiligten am Bau ein verlässlicher Rahmen, der die Qualität in zunehmend komplexen Planungs-

prozessen sichere, Rechtssicherheit für öffentliche und private Bauherren gebe und dem Verbraucherschutz diene. »Er ist Gerüst für das Planen und Bauen in Deutschland.«

Der Verband Freier Berufe in Bayern erwartet von der Bayerischen Staatsregierung, sich weiterhin nachdrücklich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Schaden für die Freien Berufe durch eine weitgehende Aufweichung der HOAI abgewendet wird. Präsident Michael Schwarz: »Auch andere Gebührenordnungen in Deutschland dürfen nicht in voraus-eilendem Gehorsam aufgegeben werden. Wir brauchen stabile Honorarordnungen, um ein hochwertiges Wirken der Freien Berufe zum Schutz der Bürger zu erhalten. Preisdumping wird zur Zunahme von Konkursen führen und das Angebot in der Fläche verringern.« ●

Kurz gemeldet

Peter Klotzki neuer BFB-Hauptgeschäftsführer



● Der 54 Jahre alte Rechtsanwalt *Peter Klotzki* ist neuer Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe e.V. Er folgt *Dr. Stephanie Bauer*, die nach knapp sechseinhalb Jahren beim BFB in den öffentlichen Dienst zurückgekehrt ist. BFB-Präsident *Prof. Wolfgang Ewer* kommentierte die Neubesetzung: »Mit Peter Klotzki haben wir einen ausgewiesenen Experten der modernen Interessenvertretung gewinnen können, der für strikte Mitgliederorientierung und wirksame Branchendarstellung nach außen steht. Seine politische, branchenübergreifende und mediale Vernetzung, seine Kommunikationsstärke und seine Innovationskompetenz passen gut zur Ausrichtung des BFB.« Klotzki sagte, er trete das verantwortungsvolle Amt »mit großer Motivation und Freude an«. Die Freien Berufe garantierten grundlegende Funktionen und Voraussetzungen unserer demokratischen Gesellschaft. Ganz besonders auch im Interesse ebendieser verdienten die Freien Berufe gesellschaftliche Anerkennung und politische Verlässlichkeit. »In den Dienst dieser Aufgabe für dieses mittelständische Rückgrat unseres Landes stelle ich mich ausgesprochen gerne.«

Bundesverband der Biologen wählt Münchner

● Die Bundesdelegiertenversammlung des Verbandes Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland e.V. (VBIO) hat *Professor Gerhard Haszprunar* aus München zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Der Zoologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München ist auch Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns und

gehört dem Präsidium des Biologenverbandes bereits seit 2014 an. »Der VBIO ist in den letzten Jahren gut vorangekommen«, so Gerhard Haszprunar. »Aber die Herausforderungen für die Vertretung der Biowissenschaften sind im gleichen Zeitraum auch deutlich gewachsen. Wir beobachten in Teilen der Gesetzgebung eine zunehmend kritische, zuweilen gar feindliche Einstellung gegenüber Wissenschaft im Allgemeinen und Biowissenschaften im Speziellen.« Haszprunar übernimmt sein Amt von *Professor Bernd Müller-Röber* von der Universität Potsdam, der den Verband seit 2014 geleitet hat.

Künstler-Landesverband will Gleichberechtigung

● Mit einer Namensänderung will die Berufsvertretung bayerischer Künstlerinnen und Künstler Gleichberechtigung herstellen. Der Landesverband heißt deshalb nunmehr »Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Landesverband Bayern e.V.«. Neu in der Vorstandschaft als Schriftführerin ist *Simone Hamann*, nachdem *Elizabeth Steinhauser* ihren Posten zu Verfügung gestellt hatte. Die drei Vorsitzenden *Christian Schnurer*, auch Vizepräsident im Verband Freier Berufe in Bayern, *Dirk Berthel* und *Wigg Bäuml* sowie Kassenswart *Helmut Neuwerth* wurden einstimmig bestätigt.

Gschrei Landespräsident der Wirtschaftsprüferkammer

● *Michael Gschrei* ist neuer Landespräsident der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) Bayern. Gschrei ist in eigener Praxis als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in München tätig. Er ist seit September 2011 im Beirat und seit September 2018 Mitglied im Vorstand der Kammer. Seit der Gründung 2005 führt er, mit kurzer Unterbrechung in 2012, den Verband für die mittelständische Wirtschaftsprüfung, wp.net e.V. als Geschäftsführender Vorstand. Gschrei dankte seinem Vorgänger, *Wolfram Rappl*, für seinen siebenjährigen Einsatz. »Viele Entwicklungen fordern aktuell insbesondere den mittelständischen Berufsstand der Wirtschaftsprüfer heraus, wie die

nach der Prüferaufsichtsreform 2016 sich weiter verstärkende Marktkonzentration in der Wirtschaftsprüfung und somit permanente Regulierungsvorhaben und neue IT-Entwicklungen. Ich werde mich künftig auch auf WPK-Landesebene dafür einsetzen, dass wir nicht nur in Zukunft vor zu starker Regulierung geschützt werden, sondern dass auch die WP-Regulierung 2016 für den Mittelstand überprüft wird«, so Gschrei.

Zahl der Apotheken weiter rückgängig

● 19.423 öffentliche Apotheken gab es zum Jahresende 2018 in Deutschland. 2017 waren es noch 19.748. Der Rückgang um 325 Betriebsstätten (-1,6 Prozent) ist der bislang höchste in einem Kalenderjahr verzeichnete. Die aktuelle Apothekenzahl markiert den tiefsten Stand seit Mitte der achtziger Jahre. Das zeigen Erhebungen der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, die auf den vollständigen Angaben der Landesapothekerkammern in allen 16 Bundesländern beruhen. Die Apothekendichte ist von 24 auf 23 Apotheken pro 100.000 Einwohnern zurückgegangen und liegt damit nun deutlich unter dem EU-Durchschnitt (31). »Noch haben wir eine flächendeckende Arzneimittelversorgung, doch wenn sich nichts ändert, wird das bald nicht mehr so sein«, sagt ABDA-Präsident *Friedemann Schmidt*. »Der Abwärtstrend bei der Apothekenzahl zeigt, dass die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stabilisiert werden müssen und dass die Apotheken eine bessere fachliche und ökonomische Perspektive brauchen. Der Berufsstand hat seine eigenen Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Apothekenwesens zur Diskussion gestellt. Die Politik hat verstanden, dass gesetzgeberische Eingriffe notwendig sind; die sollten jetzt zügig kommen.« Schmidt: »Besonders beunruhigt, dass die Zahl der Apothekeninhaber weiter sinkt. Die Gesellschaft muss gerade jungen Apothekern wieder eine echte Perspektive bieten.«

Tipp

● Die fortschreitende Digitalisierung findet in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen statt. Auch die Freien Berufe werden sich aufgrund der schnellen digitalen Entwicklungen mit den Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz in ihren Dienstleistungsgebieten beschäftigen. Um eine transparente Diskussion zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Freien Berufe führen zu können, führt das Institut für Freie Berufe (IFB) aktuell im Auftrag des Bundesverbandes der Freien Berufe eine Kurzumfrage zum Thema »Digitalisierung aus Sicht der Freien Berufe« durch. Die Befragung dauert etwa fünf Minuten und erfolgt vollkommen anonym nach den Richtlinien der Datenschutzgrundverordnung. Die Kurzumfrage ist zu finden unter: www.t1p.de/fb-digital.

Impressum

Ausgabe 2, 20. Jahrgang
ISSN 1438-9320
Herausgeber:
Verband Freier Berufe
in Bayern e.V.
Türkenstraße 55,
80799 München
Telefon 089 2723-424,
Fax 089 2723-413
Gestaltungskonzept, Layout:
engelhardt
atelier für gestaltung
Mühldorf a. Inn
Erscheinungsweise:
vierteljährlich